

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 20. August 2020, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Daniela Huber Notter Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Susanna Ernst-Reusser, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltpold, Alwin Hostettler, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Barbara Klossner-Beer, Nicole Krenger, Darshikka Krishnanantham, Alice Kropf, Andreas Kübli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Margrit Schwander, Alois Studerus, Reto Vannini, Markus van Wijk, Cloe Weber, Daniela Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron, Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Christoph Stalder Protokollantin Lorina Winkler
Entschuldigt	Stadträte Serge Lanz und Christoph Lauener
Schluss der Sitzung	18:35 Uhr

Die **Stadtratspräsidentin** begrüsst den Rat und insbesondere das Publikum, das seit dieser Sitzung mit Registrierung wieder zugelassen ist. Die Begrüssung des neuen Stadtrats Christoph Lauener wird sie wegen dessen heutiger Abwesenheit in der September-Sitzung nachholen. Die Traktandenliste wurde um das Traktandum «Ersatzwahl Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung» erweitert.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

83. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 2. Juli 2020

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

84. Sachkommission Präsidiales und Stadtentwicklung

Ersatzwahl für den verstorbenen Alain Kleiner (SVP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun gestützt auf Art. 27 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die SAKO P+StE wird als Mitglied anstelle von Alain Kleiner (SVP-Fraktion) per sofort gewählt: Christoph Lauener (SVP-Fraktion).

85. Zonenplanänderung ZöN Schärmehof (ehem. ZPP AF Buchholzstrasse)

Zonenplanänderung von der Zone mit Planungspflicht (ZPP) AF «Buchholzstrasse» mit der Grundnutzung Arbeiten in eine Zone für öffentliche Nutzungen (ZöN) Nr. 51 «Schärmehof», nach Artikel 58 bis 61 Baugesetz (BauG)

Bericht des Gemeinderates Nr. 15/2020

Der **Stadtpräsident** betont, dass es trotz der Empfehlung des Gemeinderats zur Genehmigung der Zonenplanänderung durchaus auch kritische Punkte an diesem Geschäft gibt. Insgesamt sieht der Gemeinderat jedoch einen Gewinn für die Stadt. Auf die Frage zur Energie (S. 7 des Stadtratsbericht) hin hat er den Rat mit weiterführenden Informationen bedient. Die Einhaltung der Gebäudeenergiestrategie ist vorgesehen. Dahinter steht die Überlegung, dass die Stadt nach Eintreten der Rechtskraft einen Baurechtsvertrag abschliessen wird, in dem u.a. geregelt wird, wie mit Energiefragen umzugehen ist. Der Gemeinderat hat den strategischen Beschluss gefasst, den Baurechtsnehmenden der Stadt Thun die gleichen Pflichten aufzuerlegen, die sich die Stadt Thun in der Gebäudeenergiestrategie auch selbst auferlegt. Letztere wird u.a. im Hinblick auf das Label Energiestadt GOLD erarbeitet und auch der Gebäudestandard 2019 von Energie Schweiz wird darin verankert sein. Folglich wird der gleiche Standard auch der Baurechtsnehmerin im Sinne einer verbindlichen Mindestvorgabe überbunden. Der Baurechtsvertrag ist nur wegen fehlender Rechtskraft der Planung noch nicht abgeschlossen. Auch die strategischen Entscheide des Gemeinderats – bspw. in den Legislaturzielen – sehen das Erreichen des Labels Energiestadt GOLD und eine Klimaneutralität im Jahr 2050 vor. Er entkräftet allfällige Befürchtungen, dies könnte nicht umgesetzt werden. So besteht diesbezüglich auch mit der künftigen Baurechtsnehmerin ein Konsens.

Jonas Baumann, **SAKO P+StE**, äussert sich zu den vom Stadtpräsidenten erwähnten entscheidenden Kritikpunkten, die auch in der SAKO diskutiert wurden. Die SAKO hat sich bezüglich Höhe und Setzung der

Gebäude zeigen lassen, dass im Gutachterverfahren 19 Varianten eingehend studiert wurden. Die Fachleute kamen zum Schluss, dass die gewählte Variante städtebaulich optimal und auch aus Sicht des Quartiers verträglich ist. Die SAKO hat Verständnis für die Anwohner, welche die Höhe kritisieren, da ihr Ausblick deutlich schlechter wird. Diese Problematik stellt sich jedoch auch in anderen Bauprojekten und die SAKO ist darum bemüht, sowohl städtebauliche als auch breite Interesse im Auge zu behalten. Bezüglich Energie kam sie zum Schluss, dass das Thema im Baurechtsvertrag dereinst zufriedenstellend geregelt wird. Die sechs anwesenden SAKO-Mitglieder haben der Zonenplanänderung sodann einstimmig zugestimmt und empfehlen deren Annahme.

Jonas Baumann, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, versteht die Kritik der Anwohner. Er weist jedoch darauf hin, dass der letzte Wohnblock im Länggässli zuletzt gebaut wurde und damals dem sich dahinter befindlichen Block die gleichen Probleme beschert hat. Da die Gebäude im Länggässli bereits relativ hoch sind, ist auch die Höhe des geplanten Neubaus verträglich. Für das Projekt spricht auch, dass die noch freien Plätze im Altersbereich in Thun genutzt werden können. Die Fraktion EVP+EDU+CVP regt an, der namenlosen Strasse im Zuge des Projekts einen Namen zu geben und stimmt der Zonenplanänderung zu.

Mark van Wijk (FDP) dankt dem Gemeinderat für die gute und umfassende Vorbereitung des Geschäfts, welches der Logik des STEK 2035 bzw. der Strategie Stadtentwicklung wie auch der Wohnstrategie stringent folgt. Er findet es durchaus sinnvoll, wenn nicht notwendig, das Manko an Pflegeplätzen zu minimieren und genügend altersgerechte Wohnungen zu schaffen. Der gewählte Standort ist auch bezüglich ÖV-Erschliessung geeignet. Die FDP findet die Bemerkung, die Gesamtverkehrssituation des Quartiers sei nicht in diesem Verfahren zu lösen, problematisch; eine gesamtheitliche Sicht im Vorfeld solcher Aktionen erscheint ihnen zwingend. So sehen sie beim vorliegenden Gesamtverkehrskonzept einen Handlungsbedarf. Um bei künftigen Projekten Einsparungen entgegenzuwirken, schläft er eine gezieltere Kommunikationsstrategie im Vorfeld des Projektes vor. Generell überwiegen die sehr positiven Aspekte dieses Projekts, auch wenn ein unter dem Fazit aufgelisteter Punkt wie ein Prospekt eines Altersdomizils anmutet: «Thun, Stadt der glücklichen Alten.» Die FDP stimmt dem vorgeschlagenen Stadtratsbeschluss einstimmig zu.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, unterstützt mit seiner Fraktion das vorliegende Geschäft aus mehreren Gründen einstimmig. Die Sicherung der 25 kantonalen Pflegeplätze kann nur durch die geplante Erweiterung erfolgen. Die unmittelbare Nähe zum bestehenden Schärmenhof schafft Synergien, was sich u.a. in der Realisierung der Alterswohnungen zeigt. Die Zweckbestimmung erlaubt es der Bildhauerei Haldermann, den Betrieb auch zukünftig zonenkonform weiterzuführen. Dass der Stadtratsbericht sehr breit verschiedene Nutzungen aufführt, stärkt das Quartierzentrum. Das vorliegende Richtprojekt zeigt, dass sich das geplante Bauvorhaben städtebaulich sehr gut in Umgebung einfügt. Die vorgelagerte Parksituation erlaubt einen fliessenden Übergang zum Friedhof Schoren. Der Hauptkomplex erreicht zwar unbestrittenermassen eine gewisse Höhe, passt aber gut zur dahinter liegenden Überbauung. Er betont, dass die Distanz zu den bestehenden, gleich hohen Gebäuden grösser ist als die Gebäudeabstände innerhalb der Länggässli-Überbauung und insbesondere hinter dem angesprochenen letzten Block, aus dem am meisten Kritik kommt. Seine Fraktion ist auch überzeugt von den Energievorgaben, welche die Stadt dank ihrer Position als Landeigentümerin einbringen kann.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, stimmt der Zonenplanänderung zusammen mit der Mehrheit ihrer Fraktion zu. Sie finden es wichtig, die Pflegebetten in Thun zu behalten und hoffen, dass das Quartier künftig mit Weiterentwicklungen wie einem Restaurant oder einer Kita belebt und bereichert wird. Auch das Ziel, den Minergie A- oder P-Standard zu erreichen, unterstützen sie. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass heute ein Leuchtturmprojekt vorliegen könnte, wenn man sich am Anfang des Prozesses statt für ein Gutachterverfahren für einen Projektwettbewerb mit fachgerichteter, genderneutraler Jury entschieden hätte. Qualitätssichernde Verfahren ohne Konkurrenz – wie vorliegendes Verfahren – verhindern innovative, breit akzeptierte Lösungen. Beim Gutachterverfahren war das Gremium fast rein männlich, obwohl bekannt ist, dass es bessere und originellere Projekte gibt, wenn Gremien genderneutral zusammengestellt sind. Die SP-Fraktion hofft zumindest bei der nächsten Phase auf einen offenen Gestaltungswettbewerb

nach SIA-Regeln und behält sich vor, in Zukunft bei solchen Vorgehensweisen entschieden gegen Projekte vorzugehen. Die SP-Fraktion hofft mit Verweis auf die OPR, dass auch der Gemeinderat künftig auf hochstehende Projekte mit breiter Akzeptanz setzt.

Thomas Rosenberg, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich für die zusätzlichen Präzisierungen. Auf den ersten Blick konnte seine Fraktion der ZÖN viel Positives abgewinnen. Das Richtprojekt überzeugt aus städtebaulicher Sicht und es besteht ein Bedürfnis nach Pflegeplätzen und Alterswohnungen. Je länger die Diskussion jedoch dauerte, desto grösser wurden die Differenzen. Wenn die Stadt selbst baut oder Baurechte vergibt, sind nur in jeder Hinsicht vorbildliche Standards gut genug. Schliesslich haben die Gebäude eine Lebensdauer bis weit über das Jahr 2050 hinaus und müssen deshalb bspw. die Kriterien für die Klimaneutralität mehr als erfüllen. In Sachen Energie wären diese Forderungen mit dem Gebäudeenergiestandard 2019 noch weitgehend erfüllt. Betreffend Mobilität hingegen steht nichts Konkretes, obwohl seine Fraktion bereits während der Mitwirkung ein Mobilitätskonzept gefordert hatte. Auch dem Gebäudestandard 2019 sind in Sachen Mobilität keine verbindlichen Vorgaben zu entnehmen. Damit können sie sich nicht zufriedengeben. Doch auch die mangelnde Verbindlichkeit gegenüber der Baurechtsnehmerin und dem Stadtrat enttäuscht sie. Aufgrund ihrer Position als Grundbesitzerin verfügt die Stadt über weitgehende Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen. Sie bedauern, dass nicht zumindest ein Entwurf des Baurechtsvertrags Teil der Unterlagen war. Alternativ hätte sich der Gemeinderat in der Stadtratsvorlage verbindlicher äussern können. Die Fraktion Grüne/JG hat aus diesen Gründen einen Rückweisungsantrag in Erwägung gezogen. Da sich jedoch abgezeichnet hat, dass dieser keine Chance hätte, lehnen sie die Vorlage grossmehrheitlich ab.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, gibt die einstimmige Annahme ihrer Fraktion bekannt. Nutzen und Bedarf der Umzonung scheinen ihnen schlüssig und die vorgeschlagene Form durchaus nachvollziehbar. Sie haben grosses Verständnis für die betroffenen Anwohner, doch wo neu geplant und gebaut wird, kommt es immer zu einer Verdichtung. Die Punkte Bodenbedarf, Lärmschutz und Siedlungsabschluss sind nachvollziehbar geregelt. An den Stadtpräsidenten gerichtet fragt sie, ob es eine Zusage seitens des Gemeinderats war, den neuen Energiestandard in den Baurechtsvertrag einfließen zu lassen und damit eine Verbindlichkeit für die Bauherrschaft zu schaffen.

Der Stadtpräsident stellt fest, dass die Verkehrsfragen wichtig sind. Vorliegend wurde das Verkehrsaufkommen inklusive Zusatzverkehr nicht als sehr hoch erachtet, weshalb man mit verbindlichen Vorgaben etwas zurückhaltend war. Der Kanton hat das Verkehrsaufkommen im Vorprüfungsverfahren als verträglich beurteilt. Er stimmt der SP-Fraktion zu, dass Wettbewerb zu Innovation führt. Aus Planungsgesichtspunkten steht der Gemeinderat diesem grundsätzlich positiv gegenüber. Es gibt jedoch Einzelfälle, wo andere Verfahren zielführender sind. Wettbewerb bedeutet nicht zwingend auch Akzeptanz, wie das Beispiel Hoffmatte zeigt. Zur mangelnden Verbindlichkeit bezüglich Energie und auf Stadträtin Krengers Frage hin betont er, dass die Absichtserklärung mit der künftigen Baurechtsnehmerin vorsieht, dass die zum Zeitpunkt der Realisierung geltende Gebäudeenergiestrategie eingehalten wird. Stadtrat Rosenberg bemängelte die fehlende Präzisierung. Bei längeren Verfahren kam auch schon vor, dass das zum Zeitpunkt der Realisierung Abgemachte zum Zeitpunkt der Realisierung gar nicht mehr aktuell war. Deshalb wurde vorliegend eine Absichtserklärung verfasst, die auf den Zeitpunkt der Realisierung verweist. Er geht davon aus, dass sich die Gebäudeenergiestrategie bei einer Änderung eher in eine strengere Richtung entwickelt. Wenn die Stadt Thun sich selbst strengere Ziele setzen will, wird sie das zum Zeitpunkt der Realisierung auch gegenüber dem Baurechtsnehmer tun können. Es gilt, wie von Stadträtin Krenger vermutet, der Stand bei der Realisierung.

Der Rat genehmigt mit 26 : 6 Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 Buchstabe b Stadtverfassung und Artikel 40 Buchstabe a Stadtverfassung in Verbindung mit Artikel 104 Absatz 1 Gemeindeverordnung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 24. Juni 2020,

beschliesst:

1. Verabschiedung des Genehmigungsentwurfs für die Zonenplanänderung ZöN Schärmehof nach Artikel 58 bis 61 Baugesetz, beinhaltend Änderung des Zonenplans und des Baureglements 2002 zuhanden der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung.
2. Unter Vorbehalt der Rechtskraft der Zonenplanänderung Überführung der Grundstücke Thun-Strättligen Gbbl Nr. 399 und 5059 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zum Buchwert von 191'704.20 respektive 910.00 Franken (Widmung).
3. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

86. Sitzungskalender 2021

Genehmigung

Der Sitzungskalender wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

87. Postulat P 8/2020 betreffend Stärkung der regionalen Wertschöpfung zur Milderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise

Franz Schori (SP), Roman Gugger (Grüne/JG), Hanspeter Aellig (FDP) und Mark van Wijk (FDP) vom 11. Juni 2020; dringliche Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, zieht nach Rücksprache mit dem IGT-Präsidenten Bilanz zu den bisherigen Folgen der Corona-Krise in Thun. Die Lockdown-Verluste unterscheiden sich von Branche zu Branche und konnten zumindest im Detailhandel schon fast wieder aufgeholt werden. Er lobt die Thuner Wirtschaftsförderung und das Stadtmarketing für ihre hervorragende Arbeit, dies auch im Namen des IGT-Präsidenten Alain Marti. Weil der städtische Covid-19-Fonds bisher unter den Erwartungen genutzt worden ist, wünscht er sich vom Gemeinderat, die möglicherweise leicht zu hoch angesetzten Hürden zu überprüfen, ebenso die bisher zögerlich erteilten Mieterlasse für Geschäftsmieterinnen und -mieter in städtischen Liegenschaften. Die SP-Fraktion nimmt das vorliegende Postulat an und schreibt es nicht ab.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, folgt mit ihrer Fraktion dem Antrag des Gemeinderats. Sie könnten sich auch vorstellen, das Postulat abzuschreiben, da eine Prüfung erfolgt ist. Inhaltlich kann man dem Ziel nur zustimmen. Persönlich begrüsst sie es, dass die Stadt im Zusammenhang mit der Krise konkret etwas unternommen hat. Andererseits ist ein Massnahmenkatalog zur Attraktivierung der Stadt eigentlich eine Daueraufgabe. Auf Stadtrat Schoris Bemerkung zum COVID-Fonds hin berichtet sie von einer Bekannten mit einem Kleinunternehmen, welche diesen in Anspruch genommen hat. Die einzige Hürde, die ihr rückgemeldet wurde, ist die digitale Einreichform. Sie könnte sich auch vorstellen, dass die Möglichkeit, den COVID-Fonds in Anspruch zu nehmen, noch zu wenig bekannt ist, und ruft KMU dazu auf, sich zu melden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne/JG**, war beeindruckt davon, was die Wirtschaftsförderung und das Stadtmarketing innerhalb so kurzer Zeit auf die Beine stellen konnten. Natürlich ist dies ein Dauerauftrag, doch das hier Geleistete liegt ausserhalb dessen und hat mit Routine nichts zu tun. Der Fokus des Vorstosses liegt seines Erachtens auf der regionalen Wertschöpfung, die weiter andauern muss. Deshalb sollte der Vorstoss jetzt auch noch nicht abschreiben werden, denn die Pandemie ist noch nicht vorbei. Allenfalls

könnte das Ganze den positiven Nebeneffekt haben, dass die regionale Wirtschaft langfristig und nachhaltig gestärkt wird. Seine Fraktion verlässt sich darauf, dass der Gemeinderat den hohen Takt, den er vorgegeben hat, weiter aufrechterhält.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, stimmt dem Vorstoss ebenfalls zu. Er rennt offene Türen ein und ist zu grossen Teilen bereits umgesetzt, was damit zu tun hat, dass die Antwort des Gemeinderats bereits eine Weile zurückliegt und die Aufgabe erfüllt wurde. Seine Fraktion stellt deshalb den Antrag, den Vorstoss abzuschreiben. Er vermutet, dass beim KMU-Fonds die übergeordnete Hilfe gut funktioniert hat und die erste Anlaufstelle war. Das könnte nebst der Komplexität bei der Einreichung der Unterlagen, die er nicht als grosse Hürde sieht, die nicht allzu hohe Anzahl an Gesuchen erklären.

Hanspeter Aellig (FDP) erwartet, dass die Auswirkungen der Corona-Krise in verschiedenen Bereichen längerfristige Konsequenzen für die ganze Gesellschaft haben werden. Deshalb möchte die FDP das Postulat nicht abschreiben. Sie schätzen es sehr, dass der Gemeinderat die sinnvollen und voraussichtlich zielführenden Massnahmen weiterhin begleitet. Er dankt allen Beteiligten herzlich für den besonderen Effort. Obwohl die staatliche Marktregulierung der FDP widerstrebt, grenzt der Gemeinderat die Massnahmen auf den privaten Konsum ein. Sie akzeptieren, dass das öffentliche Beschaffungswesen den Regulatorien von Bund und Kanton unterliegt. Der Postulatstext fordert jedoch eine Überprüfung der Frage, ob die Beschaffung in den Fokus der Region gerückt werden könnte. Zu diesem Aspekt vermisst er bisher eine Antwort des Gemeinderats.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, findet die Absicht der Postulanten unterstützungswürdig und stellt erfreut fest, dass sich der Gemeinderat der Notwendigkeit entsprechender Beschlüsse und Aktionen immer bewusst war und diese in einem frühen Stadium eingeleitet hat. Insofern könnte man das Postulat abschreiben. Er ist nicht sicher, woher Stadtrat Schori die Angaben zu den Mieten hat und was er diesbezüglich erwarten würde. Gewisse Hürden sind beim Solidaritätsfonds nötig und sie sind seines Erachtens auch nicht zu hoch. Die Stadt soll helfen, jedoch nur subsidiär denjenigen, die durch die Maschen von Bund und Kanton fallen. Es war nie das Ziel, diese 2 Mio. unbedingt auszuschöpfen. Wenn jetzt nur wenige Anträge gestellt werden, heisst das nicht automatisch, dass man die Hemmschwelle tiefer hätte ansetzen müssen. Es sollten unter keinen Umständen marode, bereits kränkelnde Betriebe mit diesen Geldern unterstützt werden. Die SVP-Fraktion nimmt das Postulat an und würde einer Abschreibung zustimmen.

Franz Schori (SP) entgegnet auf Stadtrat Schertenleibs Votum, technische Details wie die Hürden sollten nicht öffentlich diskutiert werden. Da unklar ist, wie lange die Pandemie noch andauert und in Anbetracht dessen, was innert kürzester Zeit geleistet wurde, wäre es dienlich, das Postulat vorerst nicht abzuschreiben.

Der Stadtpräsident dankt dem Rat für die anerkennenden Worte, auch für seine Mitarbeitenden. Der Gemeinderat betrachtet die Stärkung der regionalen Wertschöpfung als Dauerauftrag, wobei das Geleistete aussergewöhnlich war und einen enormen Einsatz erforderte, auch ausserhalb der Arbeitszeiten. Diesbezüglich ist es wichtig, in eine neue Normalität zu finden. Er möchte die Anerkennung auch zurückgeben: Diese Leistung konnte nur dank den Partnern in der Wirtschaft realisiert werden, die ihr Wissen einbrachten. So hat diese schwierige Situation gezeigt, dass man bei guter Zusammenarbeit in kurzer Zeit viel erreichen kann. Diese Nähe und dieser Austausch sollen beibehalten werden. Der Gemeinderat wird sich mit der Frage nach Mieterlassen auseinandersetzen und unter Würdigung aller Argumente sowie unter Berücksichtigung des finanzpolitischen Umfelds Entscheide fällen. Zu den Hürden des Solidaritätsfonds ist zu sagen, dass der digitale Prozess bewusst gewählt wurde, da er sehr kurze Bearbeitungszeiten mit sich bringt. Es ist ihm ein Gesuch bekannt, wo dies zu gewissen Schwierigkeiten führte, ansonsten funktionierte der Prozess gut. Der Gemeinderat ist jedoch in Abklärung, ob es andere Prozesse gibt, auf die man die bisherigen Erfahrungen übertragen könnte. Im Vergleich zu anderen Städten hat sich Thun aufgrund verschiedener Umstände wie seiner Lage, Grösse und einem grossen Engagement in dieser schwierigen Situation positiv entwickelt. So kamen sehr viele Besuchende aus der ganzen Schweiz, die

sich sehr positiv über Stadt Thun äusserten und auch begeistert waren, weil etwas lief. Die Problematik des öffentlichen Beschaffungswesens ist dem Gemeinderat bewusst und es gibt einen Grund für die Regulierung. Im ersten Beschluss ganz zu Beginn der Krise wurde der Bauvorsteher ermächtigt, von seinen Kompetenzen im Rahmen des überhaupt Zulässigen bestmöglich Gebrauch zu machen, um die regionale Wirtschaft zu berücksichtigen. Er teilt die Auffassung, dass das Bewusstsein bleiben sollte, dass man in schwierigen Zeiten auf die regionale Wirtschaft angewiesen ist und diese deshalb stärken sollte.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

Der Rat schreibt das Postulat mit 20 : 18 Stimmen nicht ab.

88. Postulat P 10/2020 betreffend Schaffen der Grundlagen für digitale Stadtratssitzungen im Ausnahmefall.

Roman Gugger (Grüne/JG) und Franz Schori (SP) vom 11. Juni 2020; Beantwortung

Der Stadtpräsident fordert die Postulanten auf, die offenen Türen einzurennen.

Roman Gugger, **Fraktion Grüne/JG**, freut sich über die gute Aufnahme des Vorstosses. Seine Fraktion findet es wichtig, dass die Parlamente und somit die Institutionen auch in Krisensituationen handlungsfähig bleiben. Bereits zum Zeitpunkt der ersten abgesagten Stadtratssitzung kam die Stadtkanzlei zum Schluss, es sei nicht möglich, Sitzungen online abzuhalten. Es erscheint ihnen deshalb angebracht, darauf hinzuwirken, dass in Ausnahmesituationen – und wirklich nur in solchen – eine Online-Sitzung möglich ist. Er dankt dem Gemeinderat für seine ersten Abklärungen über die Zuständigkeiten. Für die Evaluation allfälliger Softwarelösungen wären Synergien mit anderen Gemeinden und Institutionen wünschenswert. Die Fraktion Grüne/JG nimmt das Postulat einstimmig an.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt mit seiner Fraktion das Postulat. Es sollten auch Streaming-Fragestellungen mitaufgegriffen werden. Sie wünschen den Verantwortlichen gutes Gelingen und sich zeitnahe Information.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, möchte keine Probleme lösen, die keine sind, und schon gar nicht auf Vorrat. Im vorliegenden Fall wären zu Beginn der Krise jedoch alle froh gewesen, wenn die rechtlichen Grundlagen bereits vorhanden gewesen wären. Er ruft dazu auf, diese jetzt zu schaffen, damit man in Zukunft für solche Situationen gerüstet ist. Die SP-Fraktion stimmt dem Postulat einstimmig zu.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, betont, dass das vorliegende Postulat deutlich macht, wie schnell Behörden und politische Gremien gefordert sind, zu reagieren und allenfalls neue Wege in neuen Welten zu gehen. Seine Fraktion ist jedoch der Meinung, dass die Stadt Thun bei diesem Thema nicht unbedingt eine Vorreiterrolle einnehmen muss, sondern getrost abwarten kann, was auf kantonaler Ebene vorgegeben wird. Ihre Skepsis begründet sich u.a. darin, dass die technisch-rechtlichen Voraussetzungen nicht leicht zu lösen sein werden und die Stadtkanzlei das Handling der Stadtratssitzungen in den vergangenen Monaten hervorragend gelöst hat. Trotzdem wird die SVP-Fraktion dem Postulat im Sinne eines Prüfauftrags – jedoch mit ausdrücklicher Betonung des Ausnahmefalls – einstimmig zustimmen.

Nicole Krenger, **glp/BDP-Fraktion**, überweist das Postulat mit ihrer Fraktion einstimmig. Bezüglich Streaming-Frage, die von Stadtrat Baumann-Fuchs aufgeworfen wurde, wird Stadträtin Krenger womöglich einen Vorstoss nachreichen, damit sich die Politik bereits eine Meinung darüber bilden kann. Es scheint ihr der richtige Zeitpunkt, um das Geschäft weiter zu prüfen, sollte dies vom Stadtrat gewünscht werden.

Hanspeter Aellig (FDP) zieht aus der Corona-Krise die Lehre, dass man das Udenkbare denken sollte. Es ist wichtig, die Präsenzsitzungen durch ein anderes Werkzeug ersetzen zu können. Die FDP nimmt das Postulat deshalb einstimmig an.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

89. Fragestunde F 14/2020 betreffend Kundenzufriedenheit Bauinspektorat

Reto Schertenleib (SVP) vom 18. August 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 14/2020 wird vom Gemeinderat schriftlich beantwortet.

90. Fragestunde F 15/2020 betreffend Zukunft der Spez.-Sek-Klassen in Thun

Jonas Bumann-Fuchs und Susanne Gygax (EVP), Fraktionen Grüne/JG und glp/BDP vom 18. August 2020; Beantwortung

Die Fragestunde F 15/2020 wird vom Gemeinderat schriftlich beantwortet.

91. Dringliches Postulat P 14/2020 «Einpflanzen der zwei Eichen des Kunstprojektes «Insel in der Stadt» auf dem Viehmarktplatz

Alice Kropf, SP; Fraktion SP; Fraktion glp/BDP

Alice Kropf (SP) begründet, dass das Kunstprojekt im September zu Ende geht und es sehr sinnvoll wäre, die Eichen bei einer allfälligen Mehrheit zeitnah einzupflanzen – und nicht erst im Winter, wenn der Boden gefroren ist.

Der Gemeindeart befürwortet die Dringlichkeit.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit mit 22 : 16 Stimmen an.

92. Dringliches Postulat P 13/2020 betreffend Vorstädtischer Wohnsitz an der Allmendstrasse 32

Nina Siegenthaler, SP; Fraktion SP; Fraktion Grüne/JG

Nina Siegenthaler (SP) begründet die Dringlichkeit mit der Tatsache, dass aktuell im Internet das Inserat zum Verkauf der Liegenschaft an der Allmendstrasse 32 ersichtlich ist. Es wird jedoch öffentlich gemunkelt, dass ein Abriss in Betracht gezogen wird. Soll das Gebäude erhalten bleiben, müssen Fragen rund um den Verkauf und einen möglichen Abriss dringend geklärt werden.

Der Gemeindeart empfiehlt, die Dringlichkeit zu gewähren.

Der Rat nimmt die Dringlichkeit mit 27 : 11 Stimmen an.

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär teilt mit, dass in der Überschrift zur Beantwortung der Fragestunde F 15/2020 betreffend Zukunft der Spez.-Sek-Klassen in Thun bei der Urheberschaft die Fraktion glp/BDP fehlte, was unterdessen korrigiert wurde.

Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben Susanna Ernst-Reusser.

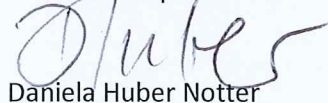
Die Stadtratspräsidentin lobt das vielseitige, immer noch bestehende Engagement von Susanna Ernst und betont, dass es für sie eine grosse Ehre ist, sie verabschieden zu dürfen. Ihre ruhigen, lustigen oder emotionalen Voten haben definitiv Spuren im Stadtratssaal hinterlassen. Sie wünscht ihr nun viel Zeit mit ihrer Familie, etwas mehr Musse ohne Stadtrat, weiterhin viel Elan für ihr weiteres Tun für Thun und vor allem gute Gesundheit. Sie überreicht ihr mit Augenzwinkern einen in gelb-schwarz gehaltenen Blumenstrauss.

Im Anschluss an die nächste Stadtratssitzung vom 17. September 2020, die wiederum im KKThun durchgeführt wird, findet eine nicht-öffentliche Informationsveranstaltung für die Stadratsmitglieder zur Ortsplanungsrevision statt. Nach dieser Informationsveranstaltung wird noch eine ausserordentliche Sitzung der BRK stattfinden.

Eingänge

- Dringliches Postulat P 13/2020 betreffend Vorstädtischer Wohnsitz an der Allmendstrasse 32; Nina Siegenthaler (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG vom 20. August 2020
- Dringliches Postulat P 14/2020 «Einpflanzen der zwei Eichen des Kunstprojektes «Insel in der Stadt» auf dem Viehmarktplatz; Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Fraktion glp/BDP vom 20. August 2020
- Postulat P 15/2020 «Aufarbeiten der Verstrickungen in den transatlantischen Sklavenhandel und Dreieckshandel von Personen und Firmen im Raum Thun»; Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Thomas Rosenberg (Grüne/JG) vom 20. August 2020
- Interpellation I 6/2020 betreffend Plattform Uber Eats bedroht lokales Essenslieferungsgewerbe; Fraktionen Grüne/JG und SP vom 20. August 2020

Die Stadtratspräsidentin



Daniela Huber Notter

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder